Breslau, Donnerstag, 21. Juli 1932
Nr. 161. Jahrg. 1932

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Schlesische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Preußenregierung abgesetzt
Belagerungszustand in Berlin-Brandenburg!

Kurz vor Redaktionsschluß wird bekannt, daß durch eine Notverordnung Hindenburg die Preußische Regierung abgesetzt, Papen zum Reichskommissar ernannt und in Groß-Berlin-Brandenburg den Ausnahmezustand verhängt hat. Die Notverordnung „betr. der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen" lautet:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverordnung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen folgendes:

§ 1.

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und dann Personen als Kommissare des Reiches mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen. Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen ihres Geschäftsbereiches, alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Neudeck und Berlin, den 20. Juli 1932.

gez.: von Hindenburg.
gez.: von Papen.

* * *

Schlag auf Schlag erfolgen die Streiche der Konterrevolution. Kaum war das Demonstrationsverbot verhängt, forderten die Nazis Kompensationen. Im Auftrage der Hitlerführung schrieb der Nazilandtagspräsident von Preußen Kerrl im Namen „der Mehrheit des Volkes" einen bestellten Brief an die Reichsregierung und forderte, daß „Ordnung" geschaffen würde; gestützt auf den § 48 sei ein Preußenkommissar einzusetzen, die preußische Polizei dem Generalskabinett zu unterstellen. Ein Telegramm der Berliner Naziführung forderte die Verhängung des Ausnahmezustandes in Berlin.

Vorgestern hatte sie noch offiziell erklären lassen, es sei kein Grund, in Preußen einzugreifen, der Verwaltungsapparat sei vollkommen intakt! Prompt befolgt die Regierung die Forderungen. Severing und Hierlsieler werden vorgeladen; es wird verlangt, daß die geschäftsführende Regierung zurücktritt, da Severing sich weigert, wird er abgesetzt!

Die Gelegenheit ist günstig. Es geht in einem Aufwaschen. Die Zentralgewalt wird verstärkt, die preußische Polizei, das letzte vermeintliche Bollwerk der antifaschistischen Republikaner, dem General- und Junker-Kabinett unterstellt, mögen Sozialdemokraten und Demokraten den Streich für Verfassungsbruch erklären, mögen die demokratischen Zeitungen zetern, daß die Absetzung des Preußen-Kabinetts die schwerste Probe auf den Zusammenhalt des Reiches bedeutet, das Diktaturkabinett setzt sich, gestützt auf die Faschisten, darüber hinweg. So wie der Reichstag nach Hause gejagt und dieses Kabinett selbst eingesetzt wurde, so wird jetzt das „Preußen-Bollwerk" mit wenigen Federstrichen beseitigt, der faschistisch-reaktionäre Block hat die Macht dazu! Dort, wo der Widerstand der Arbeiter sofort sich zu entfalten droht, im Zentrum des Reiches, am Sitz der Diktaturregierung, wird der Belagerungszustand verhängt . . .

*

Zur rechten Hand des Diktatur-Kanzlers in Preußen ist der Zentrumsbürgermeister Brachl ausersehen. Dieses Mal erfolgt das nach dem gleichen Schema, nach dem Papen selbst vom Herrenklub eingesetzt worden ist. Dieser Wahl sind Verhandlungen mit Zentrumsleuten vorausgegangen, sie steht in Verbindung mit dem Aufenthalt von Brauns in München, der dort Frieden feiert, während die Brüning-Leute noch im Lande herumziehen und Wahlopposition spielen, wird die Grundlage einer Diktatur gelegt, die von der Koalition der Nazis bis zum rechten Zentrumsflügel getragen werden soll. Der Streich ist ebenso von langer Hand vorbereitet, wie seinerzeit die Einsetzung Papens beim Sturz von Brüning.

Es gibt nur eine Kraft, dem faschistisch-reaktionären Diktaturblock die Macht noch streitig zu machen: den geschlossenen Einsatz aller Arbeiterorganisationen zum politischen Massenstreik, die Entwaffnung der Faschisten durch die Selbsthilfe der Arbeiter, der gemeinsame Kampf des Arbeiterblocks um den Sturz des Diktaturregimes und die Errichtung einer Arbeiterregierung.

Schreckensverordnung soll bange machen

Berlin, 20. Juli.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkugen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, ihm wird die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

§ 3.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 RM bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4.

Die in den §§ 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschwemmungen), 315 Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraften Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind; unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125 Absatz 2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Absatz 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den im § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 3. 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 371) aufgeführte Straftaten auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Neudek und Berlin, 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident. gez. von Hindenburg.
Der Reichskanzler. gez. von Papen.
Der Reichsminister des Innern. gez. Freiherr von Gayl.
Der Reichswehrminister. gez. von Schleicher.

Die Verjagung Severings

Berlin, 20. Juli.

CNB. Um 10 Uhr vormittags hatte der Reichskanzler die preußischen Minister Severing, Hirtsiefer und Klepper zu sich gebeten, um ihnen die vorbereitete Verordnung und die Enthebung des Ministerpräsidenten Braun und des Reichsinnenministers Severing mitzuteilen, sowie gleichzeitig den an den früheren Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, erteilten Auftrag zur Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenministers. Auf das Ersuchen, diesem sein Amt zu übergeben, weigerte sich der bisherige preußische Innenminister Severing mit der Begründung, er bezweifele das Verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung, und werde nur der Gewalt weichen. Der Reichskanzler erwiderte, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit zwar durch den Staatsgerichtshof zu prüfen, aber einstweilen eine mit den Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorliegende Verordnung rechtsgültig sei.

Daraufhin wurde der Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt. Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der Wehrkreiskommandeur General Rundstedt; ihm untersteht auch die Polizei in Berlin und Brandenburg.

Sturm im Staatsrat

Zu erregten Auseinandersetzungen kam es am Dienstag im Preußischen Staatsrat, als Redner der SPD und des Zentrums die Wiederverhängung des Uniformverbots forderten. Von beiden Rednern wurde mit Nachdruck auf die großen Opfer verwiesen, die die seit der Verbotsaufhebung erfolgten blutigen Zusammenstöße überall gefordert haben und deren Gesamtbilanz in 99 Toten und 1125 Verletzten besteht. Viel bemerkt wurde, daß der dem Staatsrat angehörende Reichinnenminister während der Verhandlungen die Situng mit der Begründung verließ, daß er es ablehne, im preußischen Staatsrat Ausführungen zu machen, die als amtliche Stellungnahme gewertet werden könnten. Nachdem die SPD ihren Antrag zurückgezogen hatte, wurde der Antrag des Zentrums mit den Stimmen der Antragsteller und der SPD angenommen, ein kommunistischer Antrag dagegen abgelehnt.

Der Wunderglaube

Von J. Walcher

Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind. Wir können zur Zeit auf politischem Gebiet beobachten, wie gerne der Mensch das glaubt, was seinen Wünschen entspricht.

In Deutschland hat sich der Parlamentarismus nie zu der Höhe aufgeschwungen, niemals die Bedeutung erlangt, die er etwa in England und Frankreich zu verzeichnen hat. Aber eine so klägliche und ohnmächtige Rolle wie gegenwärtig, hat der Parlamentarismus auch in Deutschland vordem nie gespielt. Und ausgerechnet in einer solchen Zeit wird die Bevölkerung häufiger als je zuvor zur Urne gerufen, und — dies mag noch sonderbarer erscheinen — die Wahlbeteiligung ist außerordentlich groß und übersteigt alle früheren Zäfen.

Hinter dem verzweifelten Sichanklammern an den sinkenden Parlamentarismus steckt die Illusion, daß schließlich das Parlament doch noch einen Ausweg aus der drückenden, beängstigenden Lage finden werde. Breite Massen fühlen den Boden unter den Füßen wanken, sie spüren die nahenden Entscheidungskämpfe, sie fürchten sich vor ihnen und wünschen, daß sich am Ende noch alles friedlich ordnen möge. Aus diesem Boden sprießt der Glaube an die Wunderkraft des Stimmzettels.

Die sozialdemokratische Politik ist ganz und gar auf diesen Wunderglauben aufgebaut. Anstatt den Massen einzuhämmern, daß sie sich auf niemand anders und auf nichts anderes als auf ihre eigene Kraft und die Kraft ihrer Klasse verlassen dürfen, nährt die SPD bewußt den Wunderglauben an den Stimmzettel. Ihre derzeitigen gewaltigen propagandistischen Anstrengungen zielen nirgends auf die Sanierung der außerparlamentarischen Kräfte, sondern lediglich auf die Erreichung einer möglichst hohen Stimmenzahl ab. Aber hohe Stimmenzahlen der Arbeiterparteien sind unter den heutigen Verhältnissen für die Arbeiterklasse nur dann von Nutzen, wenn dahinter der unbeugsame Wille steckt, die durch sie repräsentierte Macht im außerparlamentarischen Kampfe einzusetzen.

Es wäre ein gefährlicher Trugschluß, anzunehmen, bei den führenden Instanzen der SPD sei dieser Wille vorhanden. Nach wie vor wollen die oberen sozialdemokratischen Instanzen vom außerparlamentarischen Kampf nichts wissen. Wäre es anders, so müßten sie sich anders zu unseren Einheitsfrontbestrebungen verhalten, dann wäre es auch undenkbar, daß sie Listenverbindung mit der kapitalistischen Staatspartei bejahen und mit der SAP rundweg verneinen. Oder sollten wir uns da irren? Gedenkt der sozialdemokratische Parteivorstand etwa zusammen mit den demokratischen Börsenjobbern den außerparlamentarischen Kampf zu führen?

Es sind erst wenige Monate her, als dieselbe Führung mit dem gleichen propagandistischen Aufwand zur Wahl von Hindenburg aufrief. Damals erwartete sie das Wunder, das jetzt der Reichstag bringen soll, von dem preußischen Junker und kaiserlichen Generalfeldmarschall Hindenburg. Die meisten Leser haben es sicher schon vergessen, daß die sozialdemokratischen Blätter am 14. März in lodernder Begeisterung die „Durchbruchsschlacht der Republikaner" gefeiert haben. Das „Sächsische Volksblatt" hat sich im Eifer sogar zu der Behauptung verstiegen, daß die sozialistische Arbeiterschaft, indem sie für Hindenburg stimmte, im Geiste Karl Marx' gehandelt habe:

„Der Traum vom Dritten Reich ist ausgeträumt. Herrn Hitlers Zukunft wurde gestern verspielt."

Und die „Chemnitzer Volkszeitung" orakelte nicht minder tiefsinnig:

„Die Hakenkreuzfahne ist in Fetzen gerissen! Der gefährlichste Feind der Arbeiterschaft, der brutalste Gegner der Republik, ist fürchterlich aufs Haupt geschlagen."

Mit dem „Sieg", den der sozialdemokratische Parteivorstand zum 31. Juli vorbereitet, wird es ebenso ergehen wie mit seinem Sieg vom 13. März. Von dieser Sorte Siege hat die Arbeiterschaft nun gerade genug genossen. Seit 1918 reiht sich einer an den andern. Sie haben dazu geführt, daß heute die reaktionärste Regierung am Ruder ist, die die moderne deutsche Geschichte überhaupt kennt und daß der Kapitalismus die ganze Arbeiterbewegung zu verschlingen droht.

Wollen die sozialdemokratischen Arbeiter nicht abermals genarrt und betrogen werden, dann müssen sie erkennen, daß in dieser Situation alles auf den außerparlamentarischen Kampf ankommt, dann müssen sie ihrem Parteivorstand, der auf eine neue Tolerierung und damit auf den endgültigen Bankrott lossteuert, die Gefolgschaft verweigern und zum Zeichen ihrer außerparlamentarischen Kampfbereitschaft für die Liste der SAP stimmen. Es ist Zeit, mit dem Wunderglauben aufzuräumen und klar zu erkennen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse ihr eigenes Werk sein muß.

Es ist nicht wahr,

daß sich die Einheit der Arbeiterklasse im Rahmen der Eisernen Front verwirklicht, daß die „Antifaschistische Aktion" allein die proletarische Einheitsfront darstellt.

Wahr dagegen ist,

daß keine von beiden Gruppen mit dem Faschismus allein fertig werden wird.

Wahrheit ist, daß allein die Vereinigung der „eisernen" mit der „roten" Front, also die

„Eiserne Rote Front" des Arbeiterblocks

uns den Sieg verbürgt.

Nur die SAP kämpft konsequent für den Arbeiterblock, gegen den Faschismus.

Darum stimmt jeder denkende Antifaschist für Liste 17

Hitler-Papenblock greift durch! Und wir?

105 Tote — 1200 Schwerverletzte — Bilanz der Mordseuche seit 1. Juni — dafür Standrecht, Reichskommissar, Demonstrationsverbot gegen links!

105 Tote, 1200 Schwerverletzte in den Krankenhäusern, mehrere Tausende nicht ganz so Schwerverletzte, das ist die Blutbilanz der braunen Mordseuche seit der Aufhebung des SA-Verbotes durch das Papen-Kabinett.

Eine furchtbare Bilanz.

Jeder, der sich leidenschaftslos die unerschütterlichen Tatsachen vor Augen hält, vermag zu urteilen, auf wen das Schuldkonto fällt: die Gewerkschaftshäuser, Arbeiterheime, Arbeiterwohnungen, Gemeindestuben wurden in den letzten Wochen gestürmt — aber nicht ein einziges braunes Haus!

Arbeiterzeitungen sind zu Dutzenden verboten, auf der anderen Seite als einziges Blatt für wenige Tage der „Angriff" des Hetzers Goebbels.

Arbeiter sind zu Tausenden verhaftet — aber nur einzelne Faschisten.

Wahre Schreckensurteile gegen die an den Kämpfen beteiligten Arbeiter, hunderte Jahre Gefängnis und Zuchthaus — hie und da einmal eine schärfere Strafe für den oder jenen Faschisten, meistens gehen die Mörder frei aus, die „Notwehr" wird ihnen bescheinigt! ...

Da ist das Papen-Kabinett aus Angst vor der wachsenden Einheitsfront und der Abwehrbewegung der Arbeiter gezwungen, das zugunsten des Faschismus aufgehobene Demonstrationsverbot zugunsten des Faschismus wieder zu verhängen. Die Spießbürger atmen auf — „ein Rückzug der Regierung!" Das Kabinett verbindet mit dem Verbot eine maßlose Kommunisten- und Antifaschistenhetze. Schadet nichts, es ist doch nur Zweckgerede, zu einem „Rückzug" faseln die sozialdemokratischen Blätter! Nach einem Regierungskommentar, der die Kommunisten als die Schuldigen hinstellt, erfolgt eine Rundfunkerklärung des Kabinetts, in der es heißt: „Die Länderregierungen sind ersucht worden, die aus dem Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen sich ergebende Entlastung der Polizei dazu auszunutzen, um die Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten, deren Vorhandensein durch die Altonner Vorgänge erwiesen ist, nachdrücklichst auszuheben und damit die Grundlage für eine künftige ruhigere Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen zu schaffen. Die Reichsregierung wird dem Herrn Reichspräsidenten nötigenfalls weitere Maßnahmen gegen diejenigen vorschlagen, die künftig den politischen Kampf mit der Waffe in der Hand oder gar unter verbrecherischer Verwendung von Sprengstoff führen sollten. Das deutsche Volk kann darauf vertrauen, daß die Reichsregierung durchgreifen wird."

Und die Schlupfwinkel und Waffenlager der Nazis? Ihr Terror geht kräftig weiter. Sie fühlen sich durch das Demonstrationsverbot gar nicht beengt. Im Gegenteil, so manche sichere Pleite wird dadurch verschleiert, die SA-Söldner waren in den letzten Tagen in Scharen desertiert, die Einkesselung wurde fühlbarer und fühlbarer! Der „Völkische Beobachter" bestätigt der Regierung ausdrücklich, daß sich die Nazis nicht betroffen fühlen: „Wir Nationalsozialisten haben also keine Ursache, die Bestimmungen der neuen Verordnung, in der wir eine erste Maßnahme gegen den roten Terror erblicken möchten, etwa als gegen uns gemünzt anzusehen. Wir werden dafür sorgen, daß auch die letzten 14 Tage des Wahlkampfes in tausenden von Versammlungen das wohlbekannte Bild der disziplinierten nationalsozialistischen Massen sehen werden."

Das wohlbekannte Bild! Man sah es gestern wieder etwa in der Versammlung der Bayerischen Volkspartei in Memmingen, die von den Nazis gesprengt wurde, man sah es bei der Stichprobe in Stettin, wo 23 Nazis ausnahmsweise einmal angehalten und bei ihnen 13 Revolver, hunderte von Schuß Munition, Totschläger, Schlagringe und andere Mordwerkzeuge vorgefunden wurden. Tausende solcher Trupps schwirren weiter im Reiche herum; es ist ein seltener Zufall, wenn einmal einer gestellt und ihm die Mordwaffen abgenommen werden. Das wohlbekannte Bild! Man sah es gestern wieder, als 250 Nazis bei Magdeburg den sozialdemokratischen Invaliden Gustav Assel mit 21 Stichwunden zerfleischten, als sie ihm mit schweren Steinen die Schädeldecke zertrümmerten, als sie sein Häuschen völlig demolierten, Haus- und Hoftüren einschlugen, Fensterkreuze herausrissen, als sie seine Frau mit Messerstichen kampfunfähig machten und in der ganzen Gegend andere Invaliden ebenso viehisch niederschlugen.

Das wohlbekannte Bild! Man sieht es überall im Reiche, wo die Nazis mit antifaschistischen Abzeichen versehen, wie in Hamburg oder in Budow im Kreise Stolp — wo sie dabei erwischt und festgestellt wurden — die Arbeiter als Provokateure aufreizen, um dann die Strafexpedition der vorbereiteten Mörderbanden über sie hereinbrechen zu lassen oder das Feuer der Polizei auf sie zu lenken.

Das wohlbekannte Bild, es ist zu sehen über all dort, wo der fliegende Wanderredner Hitler die SA-Scharen, aus den Geldern der Grundbesitzer und der Kapitalistenfonds motorisiert und uniformiert, zu Riesenparaden zusammenzieht, die dem Demonstrationsverbot nicht unterliegen, da sie, wie der „Völkische Beobachter" schreibt, „durch ihren vorbildlich disziplinierten Verlauf die von der Notverordnung verlangte Sicherung der Ordnung innerhalb der Zuhörermassen garantieren!".

Aber die Aufmärsche der Arbeiterorganisationen sollen verboten sein. Die immer mächtigeren Kundgebungen der letzten Zeit dürfen nicht mehr stattfinden, weil gerade sie es waren, die vermindert werden mußten. Ein bürgerliches Blatt, wie der „Dortmunder Generalanzeiger" schreibt: „Wenn die Reichsregierung jetzt die Kundgebungen verbietet, so trifft sie damit in erster Linie die antifaschistische Bewegung, nicht aber den Hitlerfaschismus, dem das Verbot geradezu willkommen sein muß." Der wuchtige Aufstieg, der sich von Demonstration zu Demonstration fortsetzte, sollte unterbrochen werden, schreibt das bürgerliche Blatt. Die Blätter der „Eisernen Front" dagegen zeigen Befriedigung über „Papens Rückzug"!

Doch damit nicht genug. Ausnahmezustand, Standrecht wird erwogen und in den allernächsten Tagen in der oder jener Form verhängt.

Doch damit nicht genug. Für das Verbot der antifaschistischen Bewegung fordert der Faschismus noch andere „Kompensationen", und die ihm verbündete Regierung wäre nur allzu gerne bereit, sie zu bewilligen. Jetzt ist der Augenblick, denken die Herrschaften, in Preußen durchzugreifen, die Zentralgewalt zu verstärken, die preußische Polizei der trotz aller Unterwerfungsfreudigkeit unbequem geschäftsführenden Regierung zu entwinden. Während Severing im Auftrage der Diktaturregierung Kommunistennester aufstöbern lassen darf, wird bereits die Verordnung vorbereitet, die ihn selbst beseitigt, die auf den bestellten Brief des Nazipräsidenten Kerrl die preußische Polizeigewalt dem Generalskabinett überantwortet und das alte Ziel der Reaktion verwirklicht, die Fülle der Macht, Reichswehr, Polizei und Länderapparate in der Faust der Zentralgewalt vereinigt.

Ganze Arbeit noch während der Terrorwahlen, damit, gleichgültig, wie die Abstimmung am 31. Juli ausfällt, am 1. August, um mit den Worten des fliegenden Ober-Osaf zu sprechen, wenn der Kampf um die Ausrottung der nichtfaschistischen Partein weitergeht, keine schwerfällige bürgerliche Länderopposition dem faschistisch - reaktionären Block mehr im Wege steht.

Und wann werden die Arbeiterorganisationen durchgreifen?

Wann bildet sich endlich gegen den Papen-Hitler-Block der Arbeiterblock?

Wann gegen die faschistische Mörderpartei und ihre Schrittmacher die Eiserne Rote Front der unter der Führung der Arbeiterklasse zusammengefaßten antifaschistischen Kräfte? Zum Sturz des Systems, zur Errichtung der siegreichen Arbeitermacht, die mit eiserner Hand den Bürgerkrieg beendet, den Faschismus ausrottet und den sozialistischen Ausweg aus der Krise führt! Wann?!

Die Hitler-Papen-Front greift durch!
Und wir?

SAP ist und bleibt Liste 17

Der Reichstagswahlausschuß gibt jetzt die Reihenfolge der Reichslisten bekannt. Unter diesen ist die SAP nicht angeführt. Die Reichslisten dienen allein zur Sammlung der Reststimmen. Die SAP führt ihre Reststimmen der KPD zu, weshalb sie nicht mit einer eigenen Reichsliste erscheint. Völlig unberührt hiervon bleiben die Bezirkslisten der SAP. Diese führen überall die Bezeichnung

Liste 17

Hitlers Pakt mit Papen

„Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern hat die ausdrückliche Zustimmung des Führers."

von Gleichen, Vorsitzender des Herrenklubs, aus dem das Papen-Kabinett hervorgegangen ist, am 6. Juni in einer Rundfunkrede.

„Die nationalsozialistische Partei hat dieser Regierung Tolerierung zugesagt und dafür die Aufhebung des Uniformverbots und die Auflösung des Reichstags erhalten."

Der Deutschnationale Hauptmann Schmitt in einer Berliner Versammlung nach dem Bericht des „Tag".

Die Tatsache, daß zwischen Papen bzw. Schleicher und Hitler ein Tolerierungspakt bestehe, wird von den Nazis begreiflicherweise aufs heftigste bestritten, um dadurch der Verantwortung für die Taten des Junkerkabinetts, insbesondere für die Hungerverordnung, zu entgehen. Zu den vielen Beweisen, daß tatsächlich ein solcher Pakt besteht, fügt die Zentrumspresse jetzt einen neuen in der Form eines Protokolls, das über eine Unterredung zwischen Vertretern der Zentrumsfraktion und Papen am 8. Juni angefertigt worden ist.

Nach dieser Niederschrift legte der Reichskanzler den Herren dar, daß er über die künftige preußische Regierung mit Beauftragten Adolf Hitlers verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung in Preußen zu verhandeln. Der Reichskanzler trug dann die nachstehenden Forderungen aus einem Schriftstück vor, das er während der Unterredung in Händen hielt. Die Bedingungen lauteten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ressorts das Ministerpräsidium und das Innenministerium zuzuerkennen.
2. Die Zentrumspartei hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinett von Papen einzustellen.

Damit ist jeder Zweifel über das Verhältnis zwischen dem Junkerkabinett und den Nazis einwandfrei klargestellt. Nicht nur bestätigt von Papen, daß Hitler seinem Kabinett die Tolerierung versprochen hat, sondern aus seinen Mitteilungen geht darüber hinaus noch hervor, daß die Nazis sich dafür einsetzten, daß auch das Zentrum seine Oppositionsstellung gegenüber Papen aufgebe.

Immer viehischere Bluttaten

Wie der „Vorwärts" meldet, überfielen in Groß-Rottmersleben bei Magdeburg 250 Nazis die von einem SA-Aufmarsch kamen, den 44 Jahre alten Invaliden Gustav Assel, SPD-Ortsvorsitzenden, stachen mit Dolchen und Messern auf ihn ein, so daß er mit 21 Stichwunden schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Mit schweren Steinen zertrümmerten ihm die Nazis den Schädel. Sein kleines Häuschen wurde mit Bruchsteinen völlig demoliert, alle Fensterscheiben eingeworfen, 3 Fahrräder zertreten, Fensterkreuze herausgerissen, Haus- und Hoftüren eingeschlagen, in der Wohnung schwere Verwüstungen. Als sich die Frau entgegenstellte, wurde sie ebenfalls niedergestochen. Unmittelbar darauf 2 weitere sozialdemokratische Arbeiterhäuser demoliert, eines, das Haus eines 68 Jahre alten Invaliden Rulf. Ein 6 Monate altes Kind wurde durch Glassplitter verletzt. 142 Steine, darunter 10-Pfund-Steine, wurde aus der Wohnung Assels herausgeholt.

Nach einer anderen Meldung des „Vorwärts" konnte in Budow im Kreise Stolp festgestellt werden, daß sich so wie in Hamburg dort eine Horde von SA-Leuten in kommunistischer Verkleidung an die Landarbeiter herangemacht hatten, um sie zu Aktionen zu verleiten, gegen die bereits die Strafexpeditionen organisiert waren.

Kerrls Befehl

Berlin, 19. Juli.

Landtagsnazipräsident Kerrl hat einen Brief an den Reichskanzler von Papen gerichtet. Er stellt der Reichsregierung zur Erwägung, ob nicht durch den Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung erlassen werden könne, durch die „der unwürdige, dem Willen der Mehrheit des preußischen Volkes nicht entsprechende Zustand in Preußen abgeändert" werde. Kerrl regt bei der Reichsregierung an, ob nicht in Wiederherstellung verfassungsgemäßer Zustände in Preußen die Polizeigewalt besser vom Reiche übernommen werde.

„Komm einmal mit nach Kanth“

Kundgebung der „Eisernen Front“ in Breslau

Die blutigen Ereignisse der letzten beiden Wochen sind auch an den Anhängern der „Eisernen Front“ nicht spurlos vorübergegangen. Einen sichtbaren Beweis hierfür bot die neue Kundgebung, zu der die Eiserne Front am Dienstag in der Breslauer Jahrhunderthalle aufgerufen hatte. Nicht nur war der Besuch stärker als vor zwei Wochen, sondern es lag auch ein ganz anderes Fluidum über den Versammelten. Bemerkte man vor zwei Wochen noch eine gewisse Selbstsicherheit, so konnte bei dieser Kundgebung davon keine Rede mehr sein. An die Stelle der Ruhe ist eine gewisse innere Erregung getreten, die sich noch steigerte, als ein Verletzter von Kanth die Tribüne betrat, um im Namen seiner Kameraden zu geloben, daß sie in dem ihnen von den Hitlerschen Terrorbanden aufgezwungenen Kampfe unbeirrbar und unentmutigt ausharren werden. Auch die Rede Heilmanns, des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im preußischen Landtag, wurde nicht mehr ganz so kritiklos hingenommen, wie dies noch bei den Ausführungen von Tony Sender und Kurt Heinig vor kurzem der Fall war. Seine Polemik

Heute, Mittwoch, den 20. Juli, „Roter Abend“ in Zimpel bei Wittke. Genosse Reiter-Brieg rezitiert.

gegen die Kommunistische Partei fand keinerlei Zustimmung. Die Versammelten empfanden diese als unplazfert und so, wie Heilmann argumentierte, waren sie es auch, da er gar keinen Versuch machte, sich ernsthaft politisch mit den Kommunisten auseinanderzusetzen, sondern sich mit billigen Mätzchen begnügte. Ganz nach demselben Rezept verfuhr Heilmann auch gegenüber den Nazis. Statt auf das Wesen dieser Bewegung, ihre Triebkräfte und Ziele einzugehen, vergnügte er sich und die Versammelten damit, daß er die Widersprüche ihrer Anträge im Preußischen Landtag zum besten gab. Die typische Rede eines verkalkten sozialdemokratischen Parlaments-Routiniers, dem jeder Blick für das politische Geschehen fehlt und der darum als einzigen Maßstab für eine Bewegung ihre parlamentarische Exaktheit gelten läßt. Kein Wunder darum, daß Heilmann die Versammelten ohne jede politische Perspektive entließ.

Wie wenig der Redner übrigens von dem wirklichen Geist begriffen hat, der heute die Kameraden von der Eisernen Front beherrscht, das zeigten seine Erinnerungen an 1918. Heilmann fand es zeitgemäß, daran zu erinnern, daß die SPD in dem November-Umsturz auch nicht eine einzige Erschießung vorgenommen hätten, was — auch dies ist für die heutige Stimmung im Lager der SPD bezeichnend — mit dem vielfachen Zwischenruf quittiert wurde: „Leider!“ Auch seine Feststellung, es sei ein besonderer Ruhmestitel der Sozialdemokratie, daß sie den Bürgerkrieg von Deutschland ferngehalten habe, wurde frostig aufgenommen.

Wer konnte auch anderes erwarten in einer Stunde, da soeben noch selber ein Opfer des Bürgerkriegs von derselben Stelle aus, an der Heilmann nun wie ein Jahrmarktbudenbesitzer seine faulen Witze feilbot, die Schrecken des Naziterrors in Kanth beschrieben hatte? Denn — und das haben die Versammelten endlich wohl erfaßt — dieser heutige Bürgerkrieg wäre dem Proletariat erspart, wenn damals die SPD ihre Macht richtig angewandt hätte. Nicht weniger offene Mißstimmung löste es aus, als Heilmann seinem Freunde Severing das Zeugnis ausstellte, die Führung der Polizei durch ihn sei „mustergültig“.

„Komm einmal nach Kanth“

rief empört ein hinter uns sitzender Reichsbannermann, wobei er bedeutungsvoll mit dem Finger auf seine Stirne zeigte. So bleibt als Gesamteindruck: die Massen der Eisernen sind in Gärung. Ihre Aktivität ist echt und ursprünglich. Klar sagt es ihnen ihr gesunder proletarischer Instinkt, daß der Zeiger der Uhr auf Kampf weist. Auch die Bereitschaft ist da, diesen mit Opfern zu führen.

Aber diese Massen haben auch in dieser Stunde wieder eine Führung, die nicht ihrer Kraft vertraut, sondern, wie im Kriege nach dem gleichen damals von demselben Heilmann geprägten Wahlspruch „Ich gehe zu Hindenburg“ verfährt und die Rettung allein im Anschluß an das Bürgertum erblickt. So besteht die Gefahr, daß diese Opfer der Arbeiterklasse wiederum umsonst gebracht werden. An der SAP liegt es, die Kameraden von der Eisernen Front vor diesen Gefahren zu behüten und ihnen Berater und Helfer in ihrem Ringen zu sein.

Das Ringen um die Einheitsfront

Gestern Abend fand im Schießwerdersaal unsere 2. Wahlversammlung statt. Nach den letzten Klängen der Schalmeikapelle eröffnete Genosse Eckstein die Versammlung und gedachte der Toten des Proletariats: „Wir grüßen alle toten Proleten, die für die Freiheit der Arbeiterklasse gefallen sind.“ Die Versammlung erhebt sich von ihren Plätzen.

Dann sprach der Metallarbeiter Genosse Portune aus Frankfurt am Main.

Leider können wir hier wegen Raummangel seine temperamentvollen Ausführungen nicht im Einzelnen wiedergeben. Er umriß in kurzen Zügen die gegenwärtige außenpolitische Situation, schilderte, wie wir uns in einem Zeitabschnitt befinden, der dem von 1914 entspricht, in einem Zeitabschnitt, in dem die ökonomische Situation zum imperialistischen Kriege in unserem Falle gegen Sowjet-Rußland — drängt und ging auf die Bedeutung Japans und auf die imperialistischen Aufgaben, die diesem Lande zustehen, näher ein. In der Frage der Bekämpfung des imperialistischen Krieges bestünde für die Arbeiterschaft nur die Plattform des rücksichtslosen Angriffes. Aber gerade im Kampfe gegen den Krieg sei die Arbeiterschaft in den gegebenen Situationen im Lager des Reformismus der nationalistischen Phrase unterlegen.

Genosse Portune schildert dann die innerpolitische Situation in Deutschland, geht auf die Terroraktionen der Nazis ein, erklärt sie aus der Vertiefung der wirtschaftlichen Krise und aus der verschärften Zuspitzung der politischen Gegensätze. Er stellt fest, daß es nicht das Verdienst Hitlers ist, daß aus einer revolutionären Situation eine konterrevolutionäre geworden ist. Die Schuld daran trägt einzig und allein die Arbeiterbewegung selbst, speziell der Reformismus. Genosse Portune stellt dann die Frage: Konjunkturkrise oder Endkrise des Kapitalismus, schildert die Stellung des Reformismus zu dieser Frage und belegt sie mit einer Reihe von historischen Daten und kommt dann auf das wichtigste Thema unserer heutigen Tagespolitik, die Einheitsfrontfrage, zu sprechen. Er zeigt das Verbrechen, daß die KPD-Bürokratie mit ihrer sturen Haltung gegenüber der Einheit des Proletariats begeht. Die SAP hat die große Aufgabe, den Boden, auf dem die deutschen Arbeiterparteien zusammengeführt werden können, aufzulockern.

In der Diskussion sprach Beier KPD, der mit seinen Ausführungen bewies, daß die Bürokratie dieser Partei nach wie vor an ihrer falschen Haltung festhält. Genosse Beier erging sich aber darüber hinaus in verlogenen Angriffen in der Frage des Breslauer provisorischen Kampfausschusses. Wir werden zu diesen Ausführungen und zu einem Flugblatt, das die KPD gestern herausgebracht hat und zu einem heute wahrscheinlich erscheinenden Artikel der „Arbeiterzeitung unserseits eingehend morgen Stellung nehmen. Nach dem temperamentvollen Schlußwort des Gen. Portune wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die SAP geschlossen.

Ohleniederung klagt gegen Stadt

6 Dörfer, Althofnaß, Tschechnitz, Radwanitz, Sägewitz, Tschansch und Brockau führen einen Prozeß gegen die Stadt Breslau. 230 Landwirte führen seit einigen Jahren einen erbitterten Kampf gegen unsere Stadt. Sie fühlen sich dadurch geschädigt, da die Stadt aus ihren Gemarkungen, die in der Nähe des Wasserwerkgeländes liegen, ständig Wasser in großen Mengen entzieht. Die dadurch verursachte Trockenheit hat Mindererträgnisse der Aecker und Wiesen zur Folge gehabt. Die Landwirte verlangen eine Entschädigung von einem Pfennig pro Kubikmeter entzogenen Wassers, das würde nach ihrer Berechnung rund etwa 300 000 Mark betragen.

Dieser Tage ist ein fachmännisches Gutachten in der Streitsache abgegeben worden, in dem festgestellt wurde, daß die Ernteerträgnisse in wenigen Jahren tatsächlich um den dritten Teil zurückgegangen sind, daß Bäche und Wasserlöcher vertrocknen und die Brunnen um drei Meter tiefer gelegt werden mußten, daß alles in allem der Grundwasserspiegel um zwei bis drei Meter gesunken ist.

Hier könnte das von uns gestern geschilderte Projekt der Bewässerung der Ohleniederung durch den Oder-Ohlekanal Abhilfe schaffen.

Dachstuhlbrand in Goldschmieden

Vorgestern um 5 Uhr war in einem der noch im Bau befindlichen 35 Randsiedlungsdoppelhäuser in Goldschmieden Feuer ausgebrochen, und zwar war der Dachstuhl, wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit, in Brand geraten. Der Boden und die Deckenverschalung wurden vom Feuer fast gänzlich zerstört, auch waren die Balken bereits stark angekohlt. Das Feuer wurde von der Breslauer Berufsfeuerwehr sowie den Freiwilligen Feuerwehren Breslau-Deutsch Lissa und Breslau-Goldschmieden mit drei Schlauchleitungen angegriffen. Der Brand dauerte etwa 45 Minuten.

Aus Furcht vor Entlassung in den Tod gegangen

Breslau, 19. Juli.

Heute früh wurde am Rechen der Marienmühle die Leiche des 24jährigen Monteurs Alwin Sch. geborgen. Er hatte in der letzten Zeit Selbstmordabsichten geäußert, da er befürchtete, wegen eines schweren Unfalls, bei dem er einen Splitterbruch des linken Unterschenkels erlitten hatte, seinen Beruf nicht mehr voll ausüben zu können und entlassen zu werden.

Streik der Schuharbeiter verbreitert

Die Schuharbeiter befinden sich immer noch im Kampf, der mit unverminderter Geschlossenheit geführt wird. Dieser Umstand hat zweifellos die Unternehmerfront ins Wanken gebracht und zum Nachgeben veranlaßt.

Am Sonnabend wurde in diesem Konflikt ein Schiedsspruch gefällt, der vorsieht, daß alles bis zum Ende September beim alten bleibt. Ende September läuft der Lohntarif rechtsgültig ab. Aber die Schuharbeiter verharren weiter im Kampf, zumal der gefällte Schiedsspruch einen teilweisen Abbau der Ferienbegünstigung vorsieht. Demnach sollen die Kurzarbeiter statt wie bisher 48 Stunden bloß 36 Stunden Ferien im Jahr erhalten.

Am letzten Montag sind vom Zentralverband der Schuhmacher weitere Betriebe in den Streik hineingezogen worden.

Drei Monate Gefängnis für einen Schlagring — Der Mann war Kommunist

Gleiwitz, 19. Juli.

Ein unglaubliches Klassenurteil hat das Schnellgericht in Gleiwitz gefällt. Der Schnellrichter verurteilte einen Kommunisten, weil er einen Schlagring bei sich trug, zu drei Monaten Gefängnis. Der Verurteilte war aus einer kommunistischen Radfahrergruppe bei der Durchsuchung derselben nach Waffen verhaftet worden.

Nationalsozialisten, die man in letzter Zeit mit derselben Waffe, dem Schlagring, angetroffen hat, sind unseres Wissens bisher immer im Prinzip ungeschoren davongekommen.

Abzeichenjäger

Im Süden der Stadt saßen im Garten eines Lokals ein Student und Angehörige der „Eisernen Front“ an einem Tisch. Plötzlich tauchten drei Nazis auf und verlangten, daß die eisernen Frontler ihre Abzeichen ablegten. Als diese unverschämte Forderung zurückgewiesen wurde, schlugen die Nazis — nach Angaben des Geschäftsführers des Lokals — auf die Angehörigen der Eisernen Front ein, die in den Saal flüchten mußten. Die Nazis versuchten ihnen zu folgen, wurden aber von den Angestellten des Lokales zurückgehalten. Inzwischen traf das von dem Geschäftsführer angerufene Ueberfallkommando ein und die Helden des Dritten Reiches ergriffen die Flucht, wurden aber Ecke Hohenzollernstraße und Reichspräsidentenplatz gestellt und dem Ueberfallkommando übergeben.

Holzgewerbe vor dem Schlichter

Breslau, 19. Juli.

Im Tarifstreit des schlesischen Holzgewerbes ist ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet und zum Sonderschlichter Oberregierungs- und Gewerberat Professor Kramer-Breslau bestellt worden. Eine Vorverhandlung mit dem Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes verlief ergebnislos.

Schwerer Unfall auf dem Rummelplatz

Grünberg, 19. Juli.

Auf dem Rummelplatz des Gewerkschaftsfestes (Schützenplatz) verunglückte die achtjährige Tochter Walli des Invaliden Otto Pohl. Das Kind wollte mit einer russischen Schaukel fahren und geriet beim Anfahren durch eigene Schuld zwischen das Eisengerüst und eine Gondel. Die Verunglückte wurde mit einem Schädelbruch und schweren Wunden an der Stirn in das Krankenhaus Bethesda gebracht, wo sofort eine Operation vorgenommen wurde. Die Lebensgefahr scheint beseitigt zu sein.

Juno lobt jeder!

Einmütig stehen alle Kenner zu Juno,

die sich in 37 Jahren einen so großen Freundeskreis nicht nur zu erobern, sondern auch zu erhalten wußte.

Gerade weil die gute

JUNO

auf Zugaben in Form von Wertmarken, Gutscheinen oder Stückereien verzichtet,

dafür aber beste Qualität und volles Format bietet,

bleibt sie die bevorzugte Marke!

Oskar Laqua
Anderssenstraße 31
Kolonialwaren
und **KABA**
das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
jetzt billiger:
Das Paket 30 u. 60 Pfg.

Zum Frankensteiner Mord

Breslau, 19. Juli.

Die Ermittlungen der Mordkommission in Kobelau in der Mordsache Stoschowsky dauern noch an. Gesucht wird ein Frankensteiner Radfahrer, der in der Tatnacht nach den bisherigen Feststellungen von drei Zeugen in eiliger Fahrt nach dem Tatort zu beobachtet worden ist. Dieser Radfahrer wird dringend als Zeuge benötigt und gebeten, sich bei der Mordkommission in Kobelau zu melden.

Der Regierungspräsident in Breslau hat für Angaben aus dem Publikum, die zur Aufklärung des Verbrechens führen können, unter Ausschluß des Rechtsweges eine Belohnung von 500 RM ausgesetzt.

Zweckdienliche Angaben, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, sind zu richten an die Mordkommission in Kobelau, Kreis Frankenstein (Fernsprecher Postagentur Kobelau) sowie an alle Polizei- und Landjägereistationen.

Zwei Personen ertrunken

Bunzlau, 19. Juli.

Im Bober ertrank der in einem hiesigen Gartenbaubetrieb beschäftigte Gärtner Paul Tietze aus Waltersdorf bei Hirschberg. Er war erhitzt ins Wasser gegangen und hatte einen Schlaganfall erlitten. Seine Leiche konnte nach längerem Suchen geborgen werden.

Oppeln, 19. Juli.

Der Hüttenarbeiter Knopp aus Murow, der im Budkowitzer Wasser gefischt hatte, stürzte plötzlich ins Wasser und ertrank. Am Ufer saß sein achtjähriges Töchterchen, das dem Ertrinkenden keine Hilfe bringen konnte. Die Leiche wurde am nächsten Tage geborgen.

Von einstürzendem Torpfeiler erschlagen

Leobschütz, 20. Juli.

In einer Ortschaft in der Nähe von Leobschütz vergnügten sich mehrere Knaben damit, auf ein Hoftor zu klettern und es dann in Bewegung zu setzen. Plötzlich stürzte der aus Ziegeln gemauerte Pfeiler um und begrub drei noch nicht schulpflichtige Knaben unter sich. Zwei von ihnen wurden nur leicht verletzt, während dem dritten der Kopf völlig zerschmettert wurde, so daß das Kind auf der Stelle tot war.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 27 Nelkel 3422
Donnerstag, d. 21. Juli
8.30 Uhr
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Drei arme kleine Mädels

Prater-Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Wegen des Riesenerfolges bis Donnerstag d. 21. d. M. verlängert
Der große Sexual-Tonfilm mit
Albert Bassermann und Toni v. Sie' in
„Gefahren der Liebe"
Im gleichen Programm:
Willy Fritsch, Max Adalbert, Leo Slezak in
„Ein toller Einfall"

Jugendversammlung

Montag, 25. Juli, 20 Uhr

im großen Saale der Monistischen Gemeinde, Grünstraße 14/16.

Redner: Der Reichsleiter des Schutzbundes

Gen. Dr. Karl Frank-Berlin

Thema: Her mit dem Kampfblock aller jugendlichen Antifaschisten:

„... und der Sieg wird unser sein!"

Freie Aussprache! Sprechchor — Rezitation — Musik

Von 19 bis 20 Uhr: Konzert der Schalmeienkapelle

Unkostenbeitrag: für Jugendliche und Erwerbslose 10 Pf., für Verdiener 15 Pf.

Sozialistischer Jugend-Verband Deutschlands
Ortsgruppe Breslau

Was geht bei der AOK Breslau-Land vor?

Wir haben an dieser Stelle bereits vor einiger Zeit über den Prozeß, der gegen die AOK Breslau-Stadt geführt wurde, berichtet. Bei diesem Prozeß waren geradezu unglaubliche Mißstände in der Verwaltung der Kasse aufgedeckt worden, so unglaubliche, daß das Gericht sie als „Milderungsgrund" für die einzelnen Angeklagten anerkannt hat.

Nun erfahren wir, daß zwischen der AOK Breslau-Land und der Aerzteschaft des Landkreises Breslau schwere Differenzen bestehen, bei deren Schlichtung demnächst die Aerzteschaft wahrscheinlich gerichtliche Hilfe in Anspruch wird nehmen müssen. Aus allen bisher bekanntwerdenden Nachrichten läßt sich ersehen, daß bei der Krankenkasse für den Landbezirk

ebenfalls unhaltbare Mißstände

herrschen.

Im Sommer 1931 hatten die Aerzte und die Krankenkassen ein gegenseitiges freiwilliges Abkommen getroffen, demzufolge die Aerzte den Kassen einen nach einer gleitenden Skala errechneten freiwilligen Rabatt von 8 bis 20 Prozent einräumten. Am 1. Januar d. J. wurde dieses freiwillige Abkommen bekanntlich durch die Notverordnung sozusagen legalisiert.

Bekanntlich werden die zu zahlenden Krankenkassenbeiträge von den Grundlöhnen errechnet. Die Grundlöhne wechseln aber, das heißt eindeutig gesagt, sie sinken. Dieser Tatsache gleichen sich jetzt seit dieser Notverordnung auch die Abschläge, die die Kassen den Aerzten zahlen, an.

Die Krankenkassen zahlen jetzt den ärztlichen Organisationen eine Pauschalsumme. Nun hat es bei der Abrechnung zwischen Kasse und Aerzteschaft Schwierigkeiten gegeben, deren Beginn heute etwa schon ein Jahr zurückliegt. Die Aerzte müssen natürlich die Möglichkeit besitzen, die Unterlagen, die zur Berechnung ihres Honorars führen, nachprüfen zu können. Es steht bis heute noch nicht fest, welches Honorar die Aerzte von der AOK Breslau-Land beanspruchen können. Es scheint hier eine ungenaue Buchführung der Kasse vorzuliegen. Die Aerzteschaft behauptet, daß es ihr gelungen sei, nachzuweisen,

daß die Buchungen der Kasse mit den von ihnen errechneten Beträgen nicht übereinstimmen.

Um die Beträge überhaupt errechnen zu können, ist die genaue Mitgliederzahl der Kasse — es handelt sich um die des Jahres 1930 — notwendig. Die Verwaltung der AOK Breslau-Land ist bis heute nicht in der Lage gewesen, hier eine genaue Zahl anzugeben. Fünf sich widersprechende Angaben, fünf verschiedene Zahlen sind bis jetzt von der AOK genannt worden. Die Aerzteschaft hat geklagt auf Nachprüfung durch Sachverständige, der Prozeß läuft seit einem Jahre. Im Oktober ist die nächste Verhandlung. Auf Grund dieses laufenden Prozesses hat die AOK die Honorare seit dieser Zeit den Aerzten gesperrt.

Die Mitglieder der Krankenkasse, die gezwungen sind, von ihren paar Hungerpfennigen, die seit den letzten Notverordnungen — man ist beinahe versucht zu sagen — „durch Zufall" in den Lohnbeutel geraten (denn wer heute Arbeit hat und wer nicht, das wird immer mehr zur Folge einer Kette von zufälligen Verquickungen), haben ein Interesse daran, möglichst bald Aufklärung darüber zu bekommen, was mit ihren Beiträgen geschieht.

Ein Erfolg an der Gewerkschaftsfront

Verspätet wird uns berichtet, daß die Wahl für den Vorstand des Gaues Schlesien des Verbandes der Deutschen Buchdrucker folgendes Ergebnis zeitigte:

2. Gauvorsteher: Fischer (SAP) 811 Stimmen
Schriftführer: Piegert 620 Stimmen
Beisitzer: Töpfer 509 Stimmen
John (SAP) 508 Stimmen
Lorek 472 Stimmen.

Der besoldete 1. Gauvorsteher ist ein früherer „Linker". Weiter gehört dem Gauvorstand der SAP-Genosse Fuhrmann als Gaulehrlingsleiter an. Unser Genosse Kubon wurde leider nicht gewählt, er erhielt nur 373 Stimmen.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3; Telefon 56766.

Erweiterter Vorstand: Sehr wichtige Sitzung am Donnerstag, den 21. Juli, 21 Uhr, im Zentralhalle sal.

Abrechnung der Wahlmarken und Sammellisten dringend erwünscht.

Abteilung Strehlener Tor: Freitag, den 22. Juli, wichtige Abteilungsversammlung im Heim Merkelstraße. Beginn 20 Uhr. Ref.: Genosse Pietsch. Jeder Genosse und jede Genossin muß erscheinen.

Sekretariat, Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde, Abteilung 3, Oderthor/Sandtor.

Achtung Jufo u. Rofa: Freitag, 7 Uhr, alles am Heim, 3. Ferienwanderung, Opperau (Baden). Badeanzug und Turnsachen mitbringen. Anmeldungen für Stabelwitz werden noch angenommen. Beitrag 80 Pfg. für 3 Tage.

Nestfalken: Alles pünktlich die Gruppe besuchen. Anmeldung für Stebelwitz bis Sonnabend bei Neumann, Beilstefeistr. 4. Beitrag: 3 Tage 1.60 Mk.

Freidenkerjugend: Gruppe Nord. Heute, 20 Uhr, im Heim Michaelistr. 36, zeigen wir den Film „Das blutige Wien" zum Gedenken der Julopfer 1927. Gäste willkommen.

Programm des Sozialistischen Jugendverbandes Ortsgruppe Liegnitz.
Monate Juli—August.

Sonntag, 17. Juli: „Raus aus der Hitze ins kühlende Naß!" Badeausflug nach Krummlinde per Rad. Abfahrt 6 Uhr, Nepomukbrücke.
Montag, 18. Juli: Was die Woche brachte.
Sonnabend, 23. Juli: Wir besuchen die Wahlversammlung der SAP.
Sonntag, 24. Juli. Fahrt an die Oder.
Montag, 25. Juli: „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt!" (Neue Kampflieder).
Montag, 1. August: Die Wahlen sind vorbei! Was nun?
Donnerstag, 4. August: Wir gehen gemeinsam baden.
Montag, 8. August. Gibt es einen neuen 4. August?
Sonnabend 13., Sonntag, 14. August: Zeltfahrt nach Kohlhaus.
Montag, 15. August: „Rote Signale!" Politisch-satirischer Abend.

Unsere Gruppenabende finden Montag im Jugendheim, Grünschule, Eingang Westseite, Zimmer 2 statt. Beginn 20 Uhr. Seid bitte pünktlich.

KAFFEE HAG SCHONT
IHR HERZ
zu haben bei:
W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 30639
Kolonialwaren ¦-¦ Delikatessen

Verantwortlich: R. Pfaff, Breslau; für Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung", Breslau. Druck: Th. Schatzky AG, Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.50 Porto monatlich.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Wo decke ich meinen Bedarf?

WESTEN

Maßschneiderei
Kürschnerei und Pelzpflege
Damenmäntel und Kostüme
P. Muschalle, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. — Tel. 252 21

Leinenhaus **Gotthard Völkel**
Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Schmelz ist und **bleibt billig**
Friedrich-Wilhelmstraße 25

Damen- u. Herren-Frisier-Salon
Max Tometzky, Friedr.-Wilhelm-Str. 90

Kolonialwaren **Karl Bothur**
Posener Straße 13 Tel. 27307

Obst · Gemüse · Kolonialwaren
Erich Völkel Bergstraße 30

Genossen Beachtet unsere Inserate!

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Steinauer Str. 6
Emil Lüdeck

Täglich frische **Seefische u. Räucherwaren**
Richard Polke, Anderssenstr. 16

möbel preiswert
im möbelhaus **das heim**
königsplatz 4

Vogelfutter · Kolonialwaren
nur bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 53

Paul Frühauf
Kolonialwaren usw.
Bergstraße 22

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

Leserinnen und Leser der SAZ!
Schneidet untenstehende Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht Ihren Ausbau.

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten"

Nazlüberfall auf ein Volksheim

(Sonderbericht der SAZ)

Peine, 19. Juli.

Wir nähern uns immer mehr italienischer Zustände. Was noch vor 4 Wochen unmöglich erschien, ist jetzt grausige Tatsache geworden. Die Nazis haben am gestrigen Sonntag das Volksheim regelrecht gestürmt. Sie haben es getan im Vertrauen auf die 1000 Nazis, die gestern provozierend durch die Straßen unserer Arbeiterstadt gezogen sind. Daß sich diese Banditen gestern blutige Uebergriffe erlauben würden, war ja jedem klar, der ihre blutrünstigen Lieder gesungen hatten: „Reichsbanner und Rotfront wir schlagen euch zu Brei". Zuvor überschütteten sie das Volksheim mit einem Hagel von Revolverkugeln. (Die Einschlagstellen kann sich ein jeder ansehen.) Dann ging es mit Sturmgebrüll in das Lokal. Die ersten waren jedoch noch nicht 5 Schritt im Restaurant, als sie zu ihrem großen Leidwesen die Feststellung machen mußten, daß nicht nur ihre Rechnung sondern auch ihre Köpfe einige Löcher hatten. Denn die anwesenden Gäste, denen sich rasch befreundete Arbeiter zur Seite stellten, setzten sich tapfer zur Wehr und schlugen die Desperados in die Flucht.

Das Ueberfallkommando knatterte eine Salve aus seinen Maschinenpistolen in die Luft und nahm dann eine Waffensuche — bei den Arbeitern im Volksheim vor! Gefunden wurde nichts, außer einigen Gummiknüppeln, die die Nazis in aller Eile nicht mehr retten konnten.

Am Nachmittag hatten sie dem Landrat Brandt das Abzeichen der Eisernen Front, die drei Pfeile, vom Anzug gerissen, und ihn in der unflätigsten Weise beschimpft.

Es geht um Tod und Leben

Entweder die Arbeiterbewegung erweist sich als fähig, den Faschismus niederzuwerfen, oder sie wird vom Faschismus vernichtet werden.

Vereinzelt sind die Arbeiterorganisationen in diesem Entscheidungskampf ein Nichts — vereinigt eine unüberwindliche Macht.

Die SAP weist Euch den Weg zur außerparlamentarischen Einheitsfront des Proletariats.

Wer für die proletarische Einheitsfront ist, stimmt für Liste 17!

Eine kleine Stichprobe: 22 bewaffnete Nazis angehalten

Stettin, 19. Juli.

WTB. Laut Mitteilung des Polizeipräsidenten wurden in der Nacht zum Dienstag von einem nach Ueckermünde entsandten Kommando der Stettiner Schutzpolizei ein Lastkraftwagen und ein Personenwagen, die mit 22 SA-Leuten aus Pasewalk besetzt waren, angehalten.

Bei der Durchsuchung der Nationalsozialisten und der Kraftwagen sowie des Geländes neben der Landstraße wurden neun Pistolen und Revolver, drei Stahltotschläger, sechs Schlächtermesser und Dolche, mehrere Gummiknüppel, Ochsenziemer, Schlagringe sowie über 100 Schuß Munition und sonstige Hieb- und Schlagwerkzeuge gefunden.

Nach Angabe des Führers haben die Nationalsozialisten im ganzen 13 Pistolen mitgeführt. Die SA-Leute wurden festgenommen und nach dem Polizeipräsidium Stettin gebracht.

Häftling als Schießscheibe

In Berlin hat sich ein neuer Polizeiskandal ereignet.

Der Arbeiter Viktor Röhmer, der sich kümmerlich vom Straßenhandel ernährt, hatte sich eine Nähmaschine gekauft, war aber einige Raten schuldig geblieben. Dieser Tage sollte nun bei ihm die Zwangsvollstreckung stattfinden. Röhmer, beziehungsweise seine Frau, die mit ihrem kärglichen Verdienst auf die Nähmaschine angewiesen waren, verweigerten die Herausgabe, obgleich zwei Gerichtsvollzieher erschienen waren, die schließlich noch zwei Schupoleute zur Unterstützung holten. Als die Beamten nun die Maschine herausholen wollten, stellte sich der Arbeiter Röhmer vor die Maschine, wurde daraufhin aber von den beiden Beamten wegen „Widerstandes" in Ketten gelegt und zur Polizeiwache gebracht. Bei der Vernehmung auf der Wache wurde Röhmer von dem Oberwachtmeister Pritsche brutal geschlagen.

Mit Faustschlägen und Fußtritten ging der Beamte gegen den wehrlosen Arbeiter vor, zog schließlich seinen Revolver und feuerte einen Schuß gegen ihn ab.

Erst jetzt, als der Schuß gefallen war, schritten die anderen Beamten ein und schützten den Arbeiter vor dem Wüterich. Pritsche wurde noch am selben Tage seines Dienstes enthoben.

Das Verhalten der anderen Beamten, die nicht sogleich einschritten, befremdet zumindest, da sie wußten, daß Pritsche ein gewalttätiger Mensch ist.

Dies ist in letzter Zeit nicht der einzige Fall. Wir brachten vor einiger Zeit einen kurzen Bericht über den Lehrling Neuendorf, der von Schupobeamten buchstäblich totgeschlagen wurde.

Wehrkreis-Pfarrer halten Hetzreden

Mit den Generalen fühlen sich jetzt auch ihre treuen Verbündeten von der Kanzel wieder obenauf. An Gräbern von Nazibanditen reden sie nach den alten aus der Kriegszeit bekannten Konzepten und erheben die Braunhemden in denselben Heldenhimmel, den ihre Gebete den Opfern des Imperialismus versprachen. Auch zu neuer Kriegshetze schwingen sie fröhlich das Kreuz. „Des Morgens, des Abends, bei Nacht, bei Tag: denke du an den Friedensvertrag von Versailles. Dieser Friedensvertrag von Versailles brennt uns auf der Seele wie höllisches Feuer. . . . Darum unser heiliges Gelöbnis: Die deutsche akademische Jugend will ein neues, innerlich gesundes, nach außen starkes und stolzes Deutschland. Wenn der Kampf für dieses Ziel Leib und Leben fordert, ist sie begeistert bereit, Leib und Leben einzusetzen." Also der Wehrkreispfarrer Müller am vergangenen Sonntag anläßlich einer nationalistischen Studentenkundgebung am Tannenbergdenkmal, das ja der besondere Schauplatz für neue nationalistische Exzesse ist. Dann faltete der Pfarrer feierlich die Hände zum Gebet, dem sich das Lied „Wohlauf Kameraden, aufs Pferd!" anschloß. Besser können die engen Beziehungen zwischen Gebet und Schlachtruf, zwischen Kreuz und Schwert wohl nicht dargestellt werden.

Maria Reese für paritätisch zusammengesetztes Kartell

Holzminden (Freistaat Braunschweig). Die KPD-Reichstagsabgeordnete Maria Reese sprach hier am 9. Juli in einer öffentlichen Versammlung über das Thema „Rote Klassenfront" und forderte zur sofortigen Bildung eines Einheitsausschusses auf, der den Massenselbstschutz organisieren solle. Alle Arbeiterorganisationen sollten paritätisch in ihm vertreten sein. Von der Ortsgruppe Hannover sprach ein SAP-Genosse, der jetzt in Holzminden wohnt. Während er das Vorgehen der KPD begrüßte und die anwesenden SPD-Genossen zum entschlossenen Handeln aufforderte, wies er noch auf die Tatsache hin, daß die SAP seit ihrem Bestehen den Einheitsfrontgedanken gefördert habe und jetzt an vielen Orten auch die Erfolge ihrer Propaganda-Arbeit wahrnehmen könne. Als hierauf ein Holzmindener KJ-Genosse schwere Angriffe gegen die SPD, insbesondere gegen die SAJ, vorbrachte und mit dem altbekannten „Nur unter Führung der KPD" seine Rede schloß, da war es die Referentin Maria Reese, die diese „Entgleisung des Jugendgenossen" scharf zurückwies und noch einmal das Gemeinsame des Kampfes betonte, bei dem nur der, der sich während der Aktionen bewährt, auch die Führung behaupten würde. — Der Einheitsausschuß wurde sofort aus der Versammlung heraus gewählt und setzte sich aus SPD-, KPD- und parteilosen Arbeitern zusammen. Den Vorsitz übernahm ein Genosse von der „Roten Hilfe" und ein parteiloser Arbeiter, zum Schriftführer wählte man den SAP-Genossen. Man beschloß, erneut sämtliche örtlichen Arbeiterorganisationen zu einer demnächst stattfindenden Einheitskundgebung einzuladen. Auf dieser Besprechung soll auch der vorerst noch provisorische Ausschuß erweitert werden. — Der erste Schritt zur Einheitsfront in Holzminden ist getan!

Zeitungsverbot Nr. 13: Hallenser Klassenkampf (KPD)

Halle, 19. Juli.

WTB. Die kommunistische Tageszeitung für den Bezirk Halle-Merseburg „Der Klassenkampf" ist vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf die Dauer von drei Tagen verboten worden.

Sind da auch die Kommunisten schuld?

Nazis sprengen Volksparteiversammlung

Memmingen, 19. Juli.

In einer Versammlung der Bayrischen Volkspartei kam es heute zu schweren Ausschreitungen. Schon die Ausführungen des ersten Redners, Dr. Rauch, wurden wiederholt durch Nazi-Zwischenrufe gestört. Als der zweite Redner, Dr. Rothaermel, seine Ausführungen begann, wurde er von den Nazis, die ziemlich zahlreich anwesend waren, dauernd unterbrochen. Die Nationalsozialisten drangen schließlich mit erhobenen Stühlen und Biergläsern gegen die Rednertribüne vor. Saalschutz und Polizei versuchten vergeblich, die Ruhe herzustellen. Es kam zu einer regelrechten Saalschlacht. Der Schriftleiter des Memminger Volksblattes, Dr. Fink, wurde durch einen Stuhl am Kopfe schwer verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Täter wurde verhaftet. Erst nach längeren Bemühungen gelang es der Polizei, die Versammlung zu schließen.

Vom freiwilligen Arbeitsdienst zum Sozialismus

In der Ortsausschußsitzung des AGDB in Kamenz i. Sa. erklärte der Vorsitzende der SPD, es bestehe durchaus die Möglichkeit, daß wir durch den freiwilligen Arbeitsdienst zum Sozialismus kommen! Der SPD-Vorsitzende ist Arbeitsamtsdirektor!

Nummernfolge auf dem Stimmzettel

Der Reichsminister des Innern hat in einer Verordnung bestimmt, daß solche Parteien, die im letzten Reichstag bereits durch Abgeordnete vertreten war, auf dem Stimmzettel die ihnen bereits zugewiesenen Nummern behalten können, auch wenn sie an den Reichswahlvorschlag einer anderen Partei angeschlossen sind.

Borinage-Kumpels wollen weiter streiken

Mons, 19. Juli.

Der Aktionsausschuß der Bergarbeiter der Borinage hat aus Solidarität mit den Bergarbeitern im Zentrum des Bergbaugebietes beschlossen, den Streik fortzusetzen.

Dieser Beschluß ist von größter Bedeutung. Von der Borinage hat der große belgische Streik seinen Ausgang genommen. Ein Schiedsspruch für die Borinage war die Grundlage für den Beschluß der obersten Gewerkschafts- und Parteiinstanzen, den Arbeitern die Streikbeendigung zu empfehlen. Streiken die Kumpels der Borinage nun weiter, dann ist anzunehmen, daß auch die übrigen Arbeiter weiter streiken, und daß der Kampf somit auf der ganzen Front weitergeht.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien. 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, verbehalten.

50. Fortsetzung.

Aber Herr Leukel lief mit der Sache selbst herum, und nachher wurde Bitterlichs Entscheidung wieder als eine Provokation zwischen Verwaltungsbeamten und Sozialbeamten angesehen. Und in diesen alten Konflikt einzugreifen, hatte Herr Bitterlich wohl manchmal Neigung, hinderte ihn aber seine große Vorsicht.

Herr Leukel geht also zum Stadtrat. Der ist jetzt ärger beschäftigt als je. Tausend Dinge liegen und stehen da herum und wollen erledigt werden. Alles bleibt an ihm hängen. Die Stadt hat jetzt so allerlei Sorgen. Jeder kleine Dreck wird ihm zur Entscheidung vorgelegt, nirgends Entlastung, überall immer nur Aerger.

„...aber so geht es doch ganz gewiß nicht. Es kann doch nicht für jeden eine besondere Wurst gebraten werden. Es muß doch Ordnung bleiben in der Verwaltung. Wie wollen sie sonst die Ungerechtigkeiten verhindern ..."

Ordnung, Ordnung ..

Das ist wieder der eherne wahnsinnige Begriff. Die Welt drehte sich um die Ordnung.

Bin ich denn gegen Ordnung ...?

Herr Leukel wird erregt, aber er beherrscht sich. Der Stadtrat hat viel Arbeit und wenig Zeit. Er unterschreibt schon wieder und dann vertieft er sich in ein langes, wichtiges Schreiben.

„Wie denn ... ach so ... ja, 'tschuldigen Sie ... wenig Zeit." Aber Herr Leukel steht: „Ich kann das nicht mehr mitmachen, Herr Stadtrat", preßt es sich von ihm los mit verhaltener Wut. Die Sache muß jetzt geklärt werden. Jetzt ist ihm alles einerlei. Aber gerade jetzt wird Herr Stadtrat Höllig aufmerksam. Immer, wenn es brenzlig wird, lenkt er ein. Man erreicht auch so, was man will. Jetzt läßt er sich die Sache nochmals vortragen. Jetzt muß grundsätzlich entschieden werden. Und Herr Leukel muß jetzt mal endlich wieder zur Ordnung gerufen werden.

„Sie sind doch Beamter", fragt er so ganz nebenbei und wie zufällig Herrn Leukel. Der ist darüber so verdutzt, daß er sich ein paarmal in seinen Ausführungen verheddert.

„Allerdings bin ich Beamter." Und dann beweist er Herrn Höllig, daß Hans Schulze mit falschen Papieren gehen mußte, und Herr Höllig ist überrascht und befremdet. Da wird also versucht, ihm eine strafbare Handlung eines Jugendlichen verständlich zu machen, eines Jugendlichen, der noch dazu zum Zwecke der Erziehung vom Gericht überwiesen worden ist

„Beweisen Sie mir lieber erst einmal, lieber Herr Leukel, daß Ihr Sorgenkind, Ihr ... na also, dieser tüchtige junge Mann tatsächlich gearbeitet hat ..." unterbricht ihn dann mit einer Handbewegung Herr Höllig.

Aber er kann noch deutlicher werden:

„Wissen Sie denn ganz sicher, daß er nicht auf den Strich gegangen ist, oder daß er so andere nette Sachen gedreht hat, für die sich die Kriminalpolizei interessiert ...?"

„Ja, das weiß ich genau ... der Junge hat gearbeitet. Wenn man seine Hände sieht, weiß man Bescheid", sagt Herr Leukel bestimmt und abweisend.

Jetzt hat er das Bewußtsein, einem gewandten, kaltblütigen Gegner gegenüberzustehen. Dieser Gegner ist von vornherein stärker als er, er hat das Recht, einfach zu verfügen. Herr Leukel kann nur berichten und vortragen. Herr Leukel sieht das lebendige Leben, Herrn Höllig kann er trotz aller Beredsamkeit nur den Aufguß bringen, und der wirkt nicht mehr so durch- und durchgehend wie ein Paar Hände oder wie die Augen eines Jungen, mit denen man es zu tun hat.

Herr Stadtrat Höllig blättert nervös in den Akten. Bei der Anfrage der Staatsanwaltschaft bleibt er hängen. „Das hier ist's ..., darüber kann man doch auch nicht einfach hinweggehen. Und dann die Landstraße und so weiter und so weiter. Das ist doch ein Taugenichts ... Und jetzt das mit den Papieren ... Wo sollen wir denn hin mit unseren ganzen Einrichtungen, wenn wir immer den Jungen nachgeben wollen. Die machen ja schon sowieso mit uns, was sie wollen."

Herr Leukel kämpft noch eine Welle, Stich und Hieb und Parade: Aber dann erlahmt er. Der Gegner ist stärker. Er denkt an die graue Wand, die er von seinem Fenster aus sieht. Er kann ja auch gegen diese Wand sprechen. Der Erfolg wird der gleiche sein. Die Wand steht und ist unbeweglich. Soll ich die Akten hinwerfen und einfach davongehen ...?

Herr Höllig will das Beste und ich will das auch ...

Wer hat Recht? Und dann geht Herr Leukel aus dem Zimmer. Das ist ein schwerer Gang. Ein weiter Weg. Niemand sagt ein rettendes Wort. Aus der Höhe herab hört er noch ganz weit entfernt die fremde, graue und kalte Stimme des Stadtrates: „....wenigstens drei Monate aushalten —, ... dann beurlauben ... bewähren ... zeigen ..."

Das geht mich ja alles nichts mehr an, denkt Herr Leukel an einer Stelle seines Gehirns, die noch nicht von der stummen Hoffnungslosigkeit des Augenblicks überschwemmt ist. Was redet der nur noch ...

Das Wort „bewähren" aber treibt ihm rote Schleier vor die Augen. Der Junge soll sich bewähren? Niemand sagt etwas zu diesem furchtbaren Hohn ...?

Hans Schulze hat sich im Leben bewährt. Er hat seine beiden Ausflüge ins Leben bitter bezahlt. Er wird sich jetzt nicht mehr nach diesem Leben sehnen, das ihn in die Kaschemme, auf die Landstraße und auf die kalten, harten Hausböden trieb und das ihn um seine Zukunft brachte.

Aber jetzt hinkte die Gerechtigkeit hinterher, und nun mußte ein Urteilsspruch gefällt werden. Und der Junge war noch dazu in die Fürsorge geraten, und der konnte doch keiner entrinnen. Tag und Nacht lief die Maschine und mancher Junge kam zerstückelt unten heraus. Manche waren vorher gut und nachher schlecht. Viele, sehr viele waren vorher schlecht und nachher nicht gebessert. Viele, sehr viele, bekamen harte Augen und Herzen und nahmen sich in acht und manche rückten immer wieder aus und blieben oder wurden Verbrecher, Strolche, Zuhälter. Große oder kleine.

Die Fürsorge war nicht gut und nicht schlecht, aber sie war keine von den besten Einrichtungen der Menschheit, und es kommen immer nur die Kinder der Arbeiter und der Arbeitslosen hinein, und das drückte auf das ganze System. Die Sache kostete viel Geld, aber man beachtete sie nicht viel. Man hatte ein Ventil für viele Dinge ... und das mußte man sich schon etwas kosten lassen ...

* * *

Dann geht Herr Leukel noch am selben Tage in das Präsidium und spricht mit Hans.

Hans sitzt noch immer auf seinem Schemel. Er wartet auf niemand mehr. Er hat nichts mehr zu hoffen. Sein Kampf war umsonst. Sie wollen ihn nicht haben. Es ist alles einerlei. Das Leben ist zu Ende. Heute oder morgen werden sie ihn in die Anstalt bringen. Vielleicht wird da ein Direktor sein oder ein Erzieher, der prügelt. Die Wände werden nicht so bunt sein, wie in der ersten Anstalt. Er wird keinen von den Jungen kennen.

Ach, die Jungen. Hundert Augen werden ihn anstarren, wenn er eingeliefert wird. Alle werden etwas von ihm wissen wollen. Manche wollen etwas von ihm erben. Nachts werden sie im Schlafsaal schnarchen und Geschichten erzählen voll Schweinereien. Einer oder ein anderer wird wieder zum andern in das Bett steigen. Der stärkste Junge wird die andern antreiben. An der Wand steht groß und spitz: „Soll die Jugend wohl gedeihen, braucht sie Lieb und Sonnenschein". Aber darüber entrüstet sich kein Junge mehr. Den Hohn merkt schon längst keiner mehr. Hans überlegt eine Stunde und viele Stunden. Er ist starr und steif, als er jetzt automatisch aufsteht und sieht, wie Herr Leukel hereintritt. Herr Leukel ist doch schon einmal durch diese Tür in diese Zelle gekommen?

(Fortsetzung folgt.)

Wie oft kann man in der Einheitsfront wenden?

Agitationserfahrungen aus Sachsen

von Fritz Sternberg.

Alte Sünden rächen sich. Die Kommunistische Partei, die jahrelang, ohne sich um die politischen Verhältnisse draußen zu kümmern, immer die alten Parolen auftischt von der Sozialdemokratie als Hauptfeind und vom Sozialfaschismus, ist als Parteikörper so erstarrt, daß sie nicht einmal die Elastizität besitzt, um die Wendungen durchzuführen, die sie selber für notwendig hält.

Ich komme nach Krimmitschau. Hier hatte man im Erwerbslosenausschuß eine gemeinsame Demonstration von SAP und KPD beschlossen. Die Demonstration war von der Polizei gestattet worden. Unsere Genossen hatten vorher ausdrücklich mit den Genossen von der KPD vereinbart, daß gewisse Transparente unterblieben. Die KPD marschierte mit unseren Genossen auf, brach bewußt die Vereinbarungen, führte Transparente mit des Inhalts: Einheitsfront, nur unter Führung der KPD. usw., so daß unser Genosse, der die Demonstration anführen sollte, selbstverständlich nicht mitmachte und den Nazis und den Spießbürgern von Krimmitschau das Schauspiel geboten wurde, daß die Demonstration auseinanderbrach. Die kommunistischen Arbeiter, die Zeugen der gemeinsamen Vereinbarungen zwischen der Führung der KPD und unseren Genossen waren, waren aufs äußerste empört über ihre Führung, die es nicht einmal in diesem Augenblick unterlassen konnte, ihre Parteisuppe zu kochen. In der Versammlung, die ich am Abend abhielt, zeigte sich sehr deutlich, daß die kommunistischen Arbeiter zu spüren beginnen, daß nicht nur unter der Führung der SPD, sondern auch unter der Führung der KPD der Einheitsfrontwille verfälscht und geschädigt wird.

Nicht weit von Krimmitschau wurde durch die Tat bewiesen, daß eine einheitliche Demonstration von KPD und SAP durchaus möglich ist. Am vergangenen Sonnabend marschierte die Arbeiterschaft von Mylau, Netschkau, Reichenbach, nach dem Marktplatz von Reichenbach. 1500 Arbeiter der SAP und der KPD demonstrierten dort. Die KPD hielt sich hierbei an alle Abmachungen, und auch der kommunistische Redner, mit dem ich gemeinsam auf dem Martkplatz von Reichenbach sprach, blieb in seiner Rede völlig sachlich. Sicher ist dadurch der Wille zur Einheitsfront in der sächsischen Arbeiterschaft gestärkt worden.

Der kommunistische Redner war ein Plauener Stadtverordneter. Wie direktionslos aber die kommunistische Partei in Plauen vorgeht, zeigte sich sehr kraß an folgendem Tatbestand. Den unermüdlichen Bemühungen unserer Plauener Genossen war es geglückt, den ADGB von Plauen, die SPD und die Kommunisten mit uns an einen Tisch zu bringen und über die Frage einer einheitlichen Demonstration der Plauener Arbeiterschaft zu verhandeln. Die Kommunisten zeigten bei den Verhandlungen, daß sie eine maßlose Angst vor einer wirklichen Einheitsfront der Arbeiterschaft haben. Sie brachten daher die Forderung ein, daß die Arbeiterschaft Plauens nicht nur gemeinsam demonstrieren, sondern daß sie am Tage der Einführung der Salzsteuer in einen eintägigen Proteststreik eintreten solle. Die Argumentation, daß man mit einem eintägigen Proteststreik nicht beginnen könne, daß man zunächst einmal die Aktivität der Arbeiterklasse durch gemeinsame Demonstration erst wecken müsse, daß so der Proteststreik nicht am Beginn der Aktion stehen könne, sondern erst eine weitere Etappe darstelle, fruchtete nichts. Die Kommunisten in Plauen blieben bei ihrer Forderung. Der ADGB erklärte damit die Verhandlungen für gescheitert. Die Bureaukratien beider Parteien haben so das, was sie brauchen, sie schieben dem anderen das Scheitern der Verhandlungen zu. Unsere Genossen werden selbstverständlicherweise diese Gelegenheit benutzen, um in Plauen weiter vorzustoßen, um der Arbeiterschaft zu zeigen, daß sie sich von der Einheitsfront nicht durch verfehlte Parolen der kommunistischen Führer abbringen lassen dürfe, und daß, wenn es nicht anders geht, auch über die Köpfe dieser Führer hinweg die Einheitsfront geschmiedet werden muß.

In Plauen haben die Kommunisten mit uns vor einiger Zeit demonstriert. In Plauen haben die Kommunisten mit uns und dem ADGB bereits schon am Verhandlungstisch gesessen. In Zwickau aber ist man noch hinter den letzten Rundschreiben des Zentralkommitees zurückgeblieben. In Zwickau lehnt man jede Verhandlung mit uns über Einheitsfront ab.

Das ist ein Ausschnitt aus der Politik der kommunistischen Bureaukratie in einem einzigen Bezirk. In Krimmitschau Bruch der Vereinbarungen und damit Verhinderung der gemeinsamen Demonstration. In Plauen gemeinsame Demonstration mit uns und Forderungen an SPD und ADGB, bewußt aufgestellt, um scheinbar für die Einheitsfront aufzutreten, in Wirklichkeit sie zu sabotieren; in Zwickau Ablehnung jeder Verhandlungen, in Mylau, Netschkau und Reichenberg gemeinsame Demonstration.

Aber auch die kommunistische Führung kann sich immer weniger dem Druck von unten entziehen. Er ist dann am deutlichsten, wenn er spontan auftritt, d. h. wenn sich die Arbeiter nicht zu sorgen brauchen, daß sie irgend eine Bezirksleitung rüffelt. Nach einem Vortrag in Elsterberg, in dem eine kleine Gruppe kommunistischer Arbeiter anwesend waren, brachte von den kommunistischen Arbeitern einer ein Resolution ein, daß im Kampfe gegen den Faschismus SPD, SAP und KPD zusammengehören. Unser Vorschlag einer gemeinsamen Reichsliste der großen Parteien wurde in Elsterberg einstimmig angenommen, und in Mylau waren es nur 7 unentwegte Kommunisten, die dagegen stimmten.

Gerade bei dem gänzlichen Versagen der KPD in der Einheitsfrontkampagne, bei ihren ständigen Versuchen, selbst in dieser Stunde der schwersten Gefahr der deutschen Arbeiterklasse ihre Parteimäzchen zu machen, ist es für die SAP dreifach notwendig, die Organisation zusammenzureißen und der Arbeiterschaft durch ihre Aktion zu beweisen, daß sie der organisatorische Ausdruck des Einheitsfrontgedankens ist, der spontan, als Sehnsucht, die überwiegende Majorität der deutschen Arbeiterklasse erfüllt.

Wirtschaftskrise

auch in einem faschistischen Lande

Stillegung des Zinkerzbergwerks in Brzowowitz

Kattowitz, 19. Juli.

Am Montag hat eine Fachkommission unter Leitung des Arbeitskommissars das Zinkerzbergwerk in Brzowowitz besichtigt. Die Kommission ist zu dem Schluß gelangt, daß dem Stillegungsantrag der Verwaltung stattzugeben sei. Die Grube wird geschlossen. Der Belegschaft von 700 Mann ist gekündigt worden; nur 56 Arbeiter werden zur Verrichtung der Notstandsarbeiten behalten.

Den Kampf abgebrochen

Sosnowitz, 19. Juli.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, hat die Belegschaft der Huldschinskiwerke in Zawierze, die stillgelegt worden sind, sich geweigert, die Fabrik zu verlassen. Aus Protest gegen die Stillegung ist die Belegschaft über drei Wochen lang im Werk verblieben. Am Montag haben aber die Arbeiter die Fabrik verlassen müssen, nachdem ihnen von behördlicher Seite mitgeteilt wurde, daß an eine Wiederinbetriebnahme der Fabrik wirklich nicht zu denken sei. Die Direktion hat den Arbeitern eine Abfindung von 25 000 Zloty gewährt. Dieser Arbeitskampf der Belegschaft hat nicht nur in Polen, sondern im Weltmaßstabe Aufsehen erregt.

Solidarität über alles!

Kattowitz, 19. Juli.

Bekanntlich sollte ein Teil der Arbeiter der stillgelegten Ferdinandgrube auf der gleichfalls der Kattowitzer AG. gehörenden Myslowitzer Grube untergebracht werden. Am Montag sollten diese Arbeiter ihren Dienst dort antreten. Als sie gemeinsam vom Hofe der Ferdinandgrube nach Myslowitz marschieren wollten, wurden sie von der Polizei daran gehindert. Die Beamten ließen die Arbeiter nur in einzelnen Gruppen abziehen. Auf der Chaussee haben sich die einzelnen Abteilungen wieder vereinigt, wurden aber vor Schoppinitz von einem starken Polizeiaufgebot angehalten. Da sich viele Mitläufer eingefunden hatten, untersuchten die Beamten, inwieweit die auf dem Marsche befindlichen Arbeiter auf der Myslowitzer Grube beschäftigt werden sollen. Nur die Arbeiter, die nachweisen konnten, daß sie dort in Arbeit gehen, durften weitergehen, während die übrigen nach Bogutschütz zurückkehren mußten. Die Arbeiter der Ferdinandgrube haben eine Delegation gewählt, die sich mit dem Betriebsrat der Myslowitzer Grube in Verbindung setzte. Die Arbeiter teilten ihren Bogutschützer Kollegen mit, daß sie mit ihrer Beschäftigung auf der Myslowitzer Grube nicht einverstanden seien, ehe die dortige Direktion nicht die Kündigungen zurückgezogen haben würde. Die Arbeiter der Ferdinandgrube sind nach diesem Bescheid umgekehrt, da sie es nicht zu Auseinandersetzungen mit den Arbeitern der Myslowitzer Grube kommen lassen wollten.

Soll Schule Nazi-Drillanstalt werden?

Tagung weltlicher Lehrer gegen den Nationalsozialismus

Die Leitung der Pädagogischen Fachgruppe des Bezirksverbands Münster des Bundes der Freien Schulgesellschaften Deutschlands hatte die Lehrenden an den weltlichen Schulen des westlichen Westfalen zu einer Tagung nach Buer einberufen. Der Einladung waren mehr als dreißig Lehrer und LehrerInnen gefolgt.

Der Leiter der Fachgruppe referierte über das Thema: Was sagen wir weltlichen Lehrer zu den Vorgängen in Braunschweig? Der Redner analysierte zunächst, gestützt auf programmatisches Material und parteiamtliche Verlautbarungen der NSDAP, die Haltung dieser Partei in den Grundfragen der Wirtschaft und Politik. Der unwissenschaftliche und reaktionäre Charakter des nationalsozialistischen Parteifundaments wurde durch den Redner zu klarer Anschauung gebracht.

Die Unterdrückungsmaßnahmen der Naziminister Franzen und Klagges in Braunschweig gegen die weltliche Schule, die weltlichen Lehrer und Eltern sind deutliche Ankündigungen der kulturgeschichtlichen Absichten der Verkünder des Dritten Reiches. Das vorliegende dürftige Schulprogramm der Partei — das ausführliche soll in einer Schublade des Braunen Hauses zur besonderen „freudigen" Überraschung der Proleten nach der Machtergreifung durch Hitler aufbewahrt werden — und die Auslassungen der verschiedenen Kulturgrößen aus dem Nazilager lassen erkennen, daß die Schule im Hitlerreich zu einer üblen nationalistischen Drillanstalt herabgewürdigt werden soll, die zur willenlosen Unterwerfung unter die Diktatur eines Haufens kapitalistischer und militaristischer Abenteurer erziehen soll. Es kommt auch nicht von ungefähr, daß Hitler ausdrücklich die Religion in den Dienst der verschärften Ausbeutung der Masse stellen will. Jeder Mensch, der sich noch ein Gefühl für Freiheit und Menschenwürde bewahrt hat, müsse den Nationalsozialismus als eine furchtbare Bedrohung fortschrittlicher Entwicklung, als den Inbegriff aller Reaktion bekämpfen. Der Redner forderte die Anwesenden auf, die Aufklärung über die kulturzerstörenden Pläne der NSDAP in die Reihen der Eltern und Arbeiter zu tragen. In der Aussprache wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen und ergänzt. Die Diskussion gipfelte in dem Bewußtsein von der Notwendigkeit, in einer Front mit der antifaschistischen Arbeiterschaft den Widerstand und den Angriff gegen den Nationalsozialismus zu verstärken und die Ausführung seiner Pläne auf wirtschaftlichem, politischen und kulturpolitischen Gebiete unmöglich zu machen. Die Spaltung der sozialistischen Arbeiterschaft wurde bedauert, zugleich aber auch die Zuversicht ausgesprochen, daß die kommenden Kämpfe die Einheitsfront schaffen werden. Unter Verwerfung des lähmenden Pessimismus war die Gewißheit lebendig, daß der kämpfende Sozialismus bei Aktivierung aller Kräfte den Sieg über die nationalsozialistischen Volksverderber erringen wird.

Einstimmig wurde dann die Leitung beauftragt, alsbald erneut zu einer Tagung aufzurufen.

25 Millionen für Kleinsiedlungen

Wie der Reichskommissar Dr. Saassen im Rundfunk mitteilte, hat die Reichsregierung 25 Millionen für Kleinsiedlungen bereitgestellt. Mit Hilfe dieses Betrages sollen 8000 neue vorstädtische Kleinsiedlungen und 30 000 Kleingärten angelegt werden. Offensichtlich glaubt damit die Papen-Regierung einen Ersatz für den verhinderten angeblichen „Siedlungs-Bolschewismus" nach den ursprünglichen Plänen des Brüning-Kabinetts bieten zu können. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Geldverschwendung, da niemand mit dieser vorstädtischen Kleinsiedlung geholfen wird. Notwendig ist eine richtige Siedlung durch entschädigungslose Aufteilung des Großgrundbesitzes, doch ist es ja der erklärte Zweck der Papen-Regierung, gerade dies zu verhindern.

Ueber den bisherigen Umfang der Kleinsiedlung und Kleingartenanlage machte Dr. Saassen folgende Angaben: Zur Zeit sind in mehr als 200 Gemeinden rund 18 000 vorstädtische Kleinsiedlungen im Bau, von denen ein Teil fertiggestellt und bezogen ist. Außerdem in Deutschland rund 52 000 Kleingärten in der Anlage begriffen.

Zunehmende Erdölförderung in Sowjetrußland

Im ersten Halbjahr 1932 wurden in der Sowjetunion 11 246 000 Tonnen Erdöl gefördert, was gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahses eine Zunahme von 6,8 Prozent bedeutet. Die Erdölverarbeitung bezifferte sich im ersten Halbjahre 1932 in der Sowjetunion auf 10 614 000 Tonnen und hatte somit eine Zunahme von 14,4 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr.

Ohne Nazis der Lohnraub unmöglich

sagt ein Großindustrieller

Der „Vorwärts" ist in der Lage, einen Brief zu veröffentlichen, den ein deutscher Großindustrieller (der Name wird leider nicht genannt), der seit Monaten seine fetten Profite in der Schweiz versubelt, an seine Werkverwaltung geschrieben hat. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Wenn H. (anscheinend der Sozialdirektor des Konzerns, der den Stahlhelmern nahestehen soll. Red.) glaubt, die Zeit sei gekommen, unsere Werkpolitik im Interesse der Werkdisziplin gründlich umzustellen, so bin ich anderer Meinung. Ich gebe zu, daß allerlei Elemente, die H. 12 Jahre lang das Leben schwer gemacht haben, heute zu den Nationalsozialisten gehören, und daß das Werk ein Auge zudrücken muß. Gute Arbeiter sind sie wohl auch nicht. Zugegeben. Aber wir brauchen sie noch. H. ist das zu Gemüte zu führen. Gegenüber der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (im Original ist Arbeiter unterstrichen. Red.) bleibt alles beim alten, auch in bezug auf die finanziellen Dispositionen. Ohne die Nationalsozialisten wäre die Kostenerleichterung der letzten Jahre nicht möglich gewesen. Auch haben wir ja in Deutschland noch Betriebsräte und gesetzliche Löhne."

Das ist gewiß nichts Neues, was dieser Kapitalist hier ausplaudert, aber es ist wichtig, dokumentarisch von einem kapitalistischen Ausbeuter bestätigt zu haben, daß der unerhörte Lohnraub am deutschen Proletariat nur mit Hilfe der Nationalsozialistischen „Arbeiter"-Partei durchgeführt werden konnte. Deshalb zahlt das Großkapital jahrein und jahraus ungezählte Millionen an die Hitler-Soldknechte. Dafür müssen dann die SA-Horden nicht nur Lohndrücker, Streikbrecher und Betriebsspitzel machen, sondern auch Gewerkschaftshäuser stürmen, Arbeiter in Masse abschlachten usw.

Es ist notwendig, daß wir das im Wahlkampf gründlich ausnützen und diese Tatsachen vor allem dem von den Nazis irregeleiteten Proletarier vor Augen halten.

Aus der Zwickauer Bewegung

Die Quittung

Die Zwickauer Arbeiterschaft hat der KPD-Bürokratie die einzig richtige Antwort auf ihr, die Einheitsfront zerstörendes Verhalten, erteilt. Trotz der eifrig betriebenen Propaganda beteiligten sich an dem Aufmarsch während der antifaschistischen Woche knapp 200 Menschen. Die SAP war infolge des sturen Verhaltens der KPD gezwungen, ihre Mitglieder aufzufordern, der Demonstration fernzubleiben. Dieser Aufforderung haben unsere Mitglieder und Anhänger restlos Folge geleistet. Ob die kommunistischen Genossen nun endlich einsehen, daß man so keine Einheitsfront schaffen kann?

Politische Brunnenvergifter

Schon kurz nach der Spaltung der Sozialdemokratie mußten wir uns mit den politischen Brunnenvergiftern innerhalb der SPD und SAJ befassen. Damals erzählten einige gewissenlose Charaktere den bei den Kinderfreunden organisierten Kindern, daß verschiedene der Helfer zu den Nazis gegangen wären. Man meinte damit die — zur SAP übergetretenen Genossinnen und Genossen! Welch ungeheure Verwirrung damals dadurch bei den Kindern angerichtet wurde, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Jetzt tauchen solche Gerüchte wieder auf. Auch jetzt behaupten hiesige SPD- und Reichsbannermitglieder, daß die SAP zu den Nazis ginge. So polizeiwidrig dumm können nur Leser des „Sächsischen Volksblattes" sein. Ausgerechnet die Mitglieder der SAP sollen zu den Nazis gehen! Also diejenigen, die die Sozialdemokratie verlassen haben, weil diese Partei völlig tatenlos dem Treiben der Nazis gegenüber gestanden hat und weil sie dem Faschismus durch ihre Tolerierungspolitik die Wege ebnete. Und diese Leute stellen sich hin und reden uns solche Dinge nach ...

Drohungen des Reichsbanners

Nach Erscheinen unseres Berichtes über das merkwürdige Verhalten des Reichsbannerführers Schaad gegenüber dem Staatsanwalt Dr. Herzog haben einige Reichsbannerleute versucht festzustellen, wer den Bericht verfaßt hat. Sie haben, nicht nur einmal, dabei gedroht, den Berichterstatter totzuschlagen! Feige leugnet Sch. ab, Dr. Herzog in der von uns geschilderten Weise gegrüßt zu haben. Wir betonen nochmals, daß der Vorgang sich so abgespielt hat, wie er von uns dargestellt worden ist. Ist dies der Kampf der „Eisernen Front" gegen die Nazimordbanditen? Den vergißt man! Statt dessen will man die eigenen Klassengenossen niederschlagen! Einkehr und Umkehr ist nötig!

* * *

Preußen zu Schadenersatz verurteilt für Verbot von Naziblatt

Kiel, 19. Juli.

Die Ferienzivilkammer des Landgerichts Kiel verurteilte am Dienstag den preußischen Staat zur Schadensersatzleistung an die „Kieler Zeitung" (Naziblatt!) wegen des vom Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein am 19. März d. J. ausgesprochenen Verbotes des Blattes.